
INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG VON PERSONENBEZOGENEN DATEN IM RAHMEN DES WHISTLEBLOWING-VERFAHRENS

Die Informationen werden im Rahmen des Whistleblowing-Verfahrens (Verfahren für die Meldung von Missständen) zur Verfügung gestellt und werden mit Hilfe von IT-Tools und/oder durch die in den spezifischen Unterlagen angegebenen zusätzlichen Methoden erfasst. Alle personenbezogenen Daten werden gemäß den geltenden Datenschutzvorschriften verarbeitet, d.h. gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr („**DSGVO**“), dem Gesetzesdekret Nr. 196/2003 in der später geänderten Fassung („**Datenschutzgesetz**“) sowie alle anderen in Italien geltenden Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten, einschließlich der Bestimmungen der Garante (im Folgenden zusammen mit der DSGVO „**Datenschutzbestimmungen**“), unter vollständiger Wahrung der Grundrechte und -freiheiten, insbesondere im Hinblick auf die Vertraulichkeit der Identität der betroffenen Personen und die Sicherheit der Verarbeitung.

Die folgenden Informationen werden zum Zwecke der Transparenz gegenüber dem Hinweisgeber bereitgestellt, um ihn über die Bedingungen der Datenverarbeitung, einschließlich der Ausübung der damit verbundenen Rechte und der Grenzen ihrer Ausübung, zu informieren.

FÜR DIE VERARBEITUNG VERANTWORTLICHER (DATENVERANTWORTLICHER)

Der für die Verarbeitung Verantwortliche ist White Drive Motors and Steering GmbH mit Sitz in Ludwigsluster Chaussee 5, Parchim, Germany, 19370.

In Übereinstimmung mit der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit bei der Erfüllung der vorgesehenen Verpflichtungen hat das Unternehmen die Interpump Group S.p.A. als Auftragsverarbeiter gemäß Artikel 28 DSGVO ernannt. Der Auftragsverarbeiter ist insbesondere mit der Aufgabe betraut, Meldungen gemäß den im „Verfahren für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen“ festgelegten Verfahren zu verwalten und personenbezogene Daten im Auftrag des für die Verarbeitung Verantwortlichen zu verarbeiten.

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Der Datenschutzbeauftragte für alle Angelegenheiten, die die Verarbeitung personenbezogener Daten und die Ausübung der Rechte der betroffenen Person betreffen, kann unter der folgenden E-Mail-Adresse kontaktiert werden: Datenschutz@whitedriveproducts.com.

KATEGORIEN PERSONENBEZOGENER DATEN

Die personenbezogenen Daten des Hinweisgebers und anderer Personen, die möglicherweise in den Sachverhalt, der Gegenstand der Meldung ist, involviert sind und/oder damit in Verbindung stehen (oder auch der „Gemeldete“ oder der „Dritte“), die im Zusammenhang mit der Verwaltung der Meldungen erfasst werden, werden in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Artikel 13 der DSGVO und den Bestimmungen des „Verfahrens zur Verwaltung von Hinweisgebermeldungen“ verarbeitet.

Zu den vom Unternehmen erhobenen und verarbeiteten personenbezogenen Daten gehören (i) Identifikationsdaten des Hinweisgebers (persönliche Daten, Kontaktdaten,...); (ii) Identifikationsdaten des Gemeldeten und/oder des Dritten, die vom Hinweisgeber zur Verfügung gestellt und/oder im Laufe der

anschließenden Ermittlungs- und Untersuchungsaktivitäten erfasst werden; (iii) andere Daten, die der Hinweisgeber beim Ausfüllen des Meldeformulars eingibt bzw. mündlich mitteilt oder die von den für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen zuständigen Personen im Laufe der vorläufigen Untersuchungsaktivitäten erfasst werden, einschließlich aller Verweise auf Daten über den Hinweisgeber und/oder Dritte, die vom Hinweisgeber selbst gemeldet oder im Laufe der anschließenden vorläufigen Untersuchungsaktivitäten erfasst werden.

Unter Bezugnahme auf Punkt (iii) weiter oben kann das Unternehmen nicht ausschließen, dass der Inhalt der Meldung auch besondere Daten gemäß Artikel 9 der DSGVO enthält. In diesem Fall wird der für die Verarbeitung Verantwortliche die Daten für die in dieser Mitteilung genannten Zwecke gemäß den Bestimmungen von Art. 9 Abs. 2 Buchst. b) der DSGVO verarbeiten.

ZWECK DER VERARBEITUNG

Die personenbezogenen Daten des Hinweisgebers, des Gemeldeten und/oder des Dritten werden im Rahmen des Whistleblowing-Verfahrens ausschließlich zu dem Zweck erhoben und verarbeitet, den Sachverhalt, der Gegenstand der Meldung ist, zu untersuchen und festzustellen und die sich daraus ergebenden Maßnahmen zu ergreifen. Insbesondere werden nur solche personenbezogenen Daten erhoben, die für die Erreichung der oben genannten Zwecke notwendig und zweckdienlich sind, wobei der Grundsatz der Datenminimierung gilt.

Personenbezogene Daten, die für die Bearbeitung einer bestimmten Meldung nicht nützlich sind, werden nicht erhoben oder, falls sie versehentlich erhoben werden, unverzüglich gelöscht.

RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE VERARBEITUNG

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Hinweisgebers, des Gemeldeten und/oder des Dritten, die im Zusammenhang mit Meldungen über angebliche Unregelmäßigkeiten, Straftaten und/oder Unterlassungen zum Nachteil des öffentlichen Interesses oder der Integrität des Unternehmens übermittelt werden und von denen sie aufgrund des Arbeitsverhältnisses, d.h. wegen oder anlässlich desselben, Kenntnis erlangt haben, liegt in der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und Art. 9 Abs. 2, Buchst. b) der DSGVO.

Diese Daten können auch verarbeitet werden, um Anfragen der zuständigen Verwaltungs- oder Justizbehörden und – ganz allgemein – von anfragenden öffentlichen Einrichtungen unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten nachzukommen.

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche kann personenbezogene Daten auch verarbeiten:

- (i) für die interne Kontrolle und die Überwachung von Geschäftsrisiken sowie für die Optimierung und Rationalisierung interner Geschäfts- und Verwaltungsprozesse, die eine längere Aufbewahrung der Meldung als die bloße Verwaltung und Abwicklung der betreffenden Meldung erforderlich machen könnten;
- (ii) zur Feststellung, Ausübung oder Verteidigung eines Rechts oder berechtigten Interesses des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (einschließlich anderer Unternehmen der Interpump-Gruppe) vor einer zuständigen Stelle.

Die Rechtsgrundlage für die in den vorstehenden Punkten (i) und (ii) genannte Verarbeitung ist das berechtigte Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen an der Gewährleistung der Effizienz der Unternehmensorganisation, auch im Hinblick auf die Verhinderung und wirksame Bekämpfung von betrügerischem und rechtswidrigem oder unregelmäßigem Verhalten, sowie die Ausübung des Rechts auf Verteidigung seiner eigenen Gründe vor den entsprechenden Stellen.

Die Bereitstellung von Daten ist nicht obligatorisch, da anonyme Meldungen möglich sind, aber eine Weigerung, solche Daten bereitzustellen, könnte die Prüfung erschweren, ob die Meldung begründet ist, wenn sie nicht konkretisiert ist, auf präzisen und übereinstimmenden Elementen beruht, keine überprüfbaren Fakten betrifft und/oder nicht alle Elemente enthält, die für die Durchführung der vorgenannten Prüfung erforderlich sind.

GENEHMIGUNGEN ZUR VERARBEITUNG

Die im Rahmen der Meldungen zur Verfügung gestellten Daten unterliegen der Verarbeitung durch die „für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen zuständigen Personen“ unter Einhaltung der vom Datenverantwortlichen festgelegten Methoden und unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen, wobei die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Korrektheit, Transparenz und Relevanz gewährleistet sind.

In jedem Fall werden die Identität und die personenbezogenen Daten des Gemeldeten, des Hinweisgebers und/oder Dritter, die an der Meldung beteiligt sind, unter Einhaltung des Grundsatzes der Vertraulichkeit verarbeitet, auch durch den Einsatz verschlüsselter Systeme und unter Anwendung aller technischen und organisatorischen Maßnahmen, die geeignet sind, die Sicherheit der Verarbeitung zu gewährleisten.

EMPFÄNGER/KATEGORIEN VON EMPFÄNGERN PERSONENBEZOGENER DATEN

Die Empfänger der personenbezogenen Daten des Hinweisgebers, des Gemeldeten und/oder Dritter sind die für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen zuständigen Personen, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Datenschutzvorschriften und dem von der Gesellschaft angenommenen „Verfahren für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen“ verpflichtet sind, die Vertraulichkeit der Identität des Hinweisgebers zu gewährleisten.

Die für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen zuständigen Personen sind zur Verarbeitung der Daten befugt und haben eine spezielle Schulung zur Whistleblowing-Gesetzgebung und zum Schutz personenbezogener Daten erhalten, insbesondere in Bezug auf Sicherheitsmaßnahmen und den Schutz der Vertraulichkeit der betroffenen Personen und der in den Meldungen enthaltenen Informationen. Darüber hinaus können in den Fällen, in denen es für die Ermittlung der Gründe für den Sachverhalt, der Gegenstand der Meldung ist, für die entsprechenden Ermittlungen und die Verabschiedung der sich daraus ergebenden Maßnahmen sowie für die Einleitung etwaiger Disziplinarmaßnahmen erforderlich ist, auch andere Funktionsträger im Unternehmen und etwaige Berater Empfänger der personenbezogenen Daten der betroffenen Personen sein.

Es versteht sich in jedem Fall, dass die Identität des Hinweisgebers nicht ohne seine Zustimmung bekannt gegeben werden darf; diese Zustimmung haben die für die Verwaltung von Hinweisgebermeldungen zuständigen Personen in den Whistleblowing-Bestimmungen ausdrücklich vorgesehenen Fällen einzuholen.

Das Unternehmen gewährleistet außerdem die Vertraulichkeit von Informationen über (i) die Identität des Gemeldeten (die so genannte betroffene Person); (ii) den Mittler (sowohl in Bezug auf die Identität als auch auf die Tätigkeit, bei der die Unterstützung stattfindet); (iii) Personen, die nicht der Gemeldete sind, aber dennoch, wie in der Meldung erwähnt, involviert sind (z.B. Zeugen, Dritte), bis zum Abschluss des aufgrund der Meldung eingeleiteten Verfahrens und unter Einhaltung der gleichen Garantien, die zugunsten des Hinweisgebers vorgesehen sind.

Erforderlichenfalls können die Daten der betroffenen Personen auch an die Justizbehörden und Ermittlungsstellen weitergegeben werden, um die Verfahren, die erforderlich sind, um einen angemessenen Schutz als Folge der Meldung zu gewährleisten sowie etwaige Ermittlungen, die notwendig sind, einzuleiten.

In jedem Fall werden alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der personenbezogenen Daten vor zufälliger oder unrechtmäßiger Vernichtung, Verlust und unbefugter Weitergabe im Rahmen der Aktivitäten zur Überprüfung der Gültigkeit der Meldung getroffen.

DATENÜBERMITTLUNG IN NICHT-EU-LÄNDER

Personenbezogene Daten, die zu den oben genannten Zwecken verarbeitet werden, werden nicht an Drittländer außerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder an internationale Organisationen übermittelt.

Falls erforderlich, ist der für die Verarbeitung Verantwortliche berechtigt, den Standort der Archive und Server nach Italien und/oder in die Europäische Union und/oder in Länder außerhalb der EU zu verlegen. Im letztgenannten Fall ist ab sofort gewährleistet, dass die Übertragung von Daten außerhalb der EU unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, wobei gegebenenfalls Vereinbarungen getroffen werden, die ein angemessenes Schutzniveau gewährleisten und/oder die von der Europäischen Kommission vorgesehenen Standardvertragsklauseln übernommen werden.

AUFBEWAHRUNGSFRIST DER ERHOBENEN DATEN

Die für die oben genannten Zwecke erhobenen personenbezogenen Daten werden von uns so lange aufbewahrt, wie es für die Durchführung der Aktivitäten zur Ermittlung der Stichhaltigkeit und der Verwaltung der Meldungen erforderlich ist, und in jedem Fall nicht länger als fünf Jahre ab dem Datum der Mitteilung des endgültigen Ergebnisses des Whistleblowing-Verfahrens.

RECHTE DER BETROFFENEN PERSON

Gemäß Art. 15 ff. der DSGVO werden den betroffenen Personen bestimmte Rechte zugestanden, die sie im Rahmen der Vereinbarkeit mit den Rechtsvorschriften über Whistleblowing und den Bestimmungen von Artikel 2 des Gesetzesdekrets Nr. 193/2003 ausüben können, nämlich:

- **Auskunftsrecht:** das Recht, unverzüglich Informationen zu erhalten über (i) die Zwecke der Verarbeitung; (ii) die Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten; (iii) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, an die die Daten weitergegeben werden können, insbesondere, wenn sie sich in Nicht-EU-Ländern befinden, und die Mittel zur Ausübung Ihrer Rechte gegenüber diesen Personen; (iv) wenn möglich die Speicherdauer oder die Kriterien für deren Festlegung; (v) die Aktualisierung, Berichtigung oder, sofern daran interessiert, die Ergänzung der personenbezogenen Daten sowie die Herkunft der von Dritten erhobenen Daten;
- **Recht auf Berichtigung:** das Recht, unverzüglich die Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten zu erwirken und unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu erwirken, auch durch Abgabe einer ergänzenden Erklärung;
- **Recht auf Löschung:** das Recht, unverzüglich die Löschung personenbezogener Daten zu erwirken, wenn einer der in Art. 17 Abs. 1 der DSGVO aufgeführten Gründe vorliegt - etwa wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind (es sei denn, die Verarbeitung ist aufgrund der Bestimmungen von Absatz 3 desselben Artikels 1 der DSGVO erforderlich) - etwa wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind (es sei denn, die Verarbeitung ist aufgrund der Bestimmungen von Absatz 3 desselben Artikels erforderlich), einschließlich (a) der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Unionsrecht oder dem

Recht der Mitgliedstaaten, dem der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt, vorschreibt, oder (b) der Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde, oder (c) der Feststellung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen;

- Recht auf Einschränkung: das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu erwirken, wenn einer der in Art. 18 Abs. 1 der DSGVO genannten Fälle vorliegt: Wenn die Verarbeitung eingeschränkt wird, werden personenbezogene Daten - mit Ausnahme der Speicherung - nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Ausübung der vorgenannten Rechte durch die betroffene Person erfolgen kann, indem sie die entsprechenden Anträge an die E-Mail-Adresse Datenschutz@whitedriveproducts.com sendet.

Wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die sie betreffenden Verarbeitungsvorgänge gegen die Datenschutzbestimmungen verstoßen, hat sie das Recht, bei der zuständigen Datenschutzbehörde eine Beschwerde einzureichen.